



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen und der Bund.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußen und der Bund.

Das Separatvotum, welches Baden in der Delegirtenfrage zu Frankfurt abgegeben hat, ist seinem Inhalt nach durch die Tagespresse bekannt gemacht. Baden hat gegenüber den Würzburgern den einzig richtigen Standpunkt eingenommen, welcher der patriotischen Regierung eines Mittelstaates bei der gegenwärtigen Lage Preußens möglich ist; das Votum enthält sich jedes eigenen Organisationsvorschlages, und begnügt sich nachzuweisen, daß die Ausführung des österreichischen Projectes mit dem völkerrechtlichen Charakter des Bundes in unversöhnbarem Gegensatz steht, und denselben nach jeder Richtung alteriren würde, ohne etwas Besseres an die Stelle zu setzen, ja daß jeder Versuch einer praktischen Durchführung die Schwäche und Verwirrung in Deutschland bis ins Abenteuerliche steigern müßte.

Ueber die Stellung, welche Preußen in dieser Angelegenheit beim Bunde gegenüber der Würzburger Majorität einzunehmen gedenkt, ist noch keine sichere Erklärung in die Oeffentlichkeit gedrungen. Mit einer Spannung, die nicht ohne bange Sorge ist, erwarten die Mitglieder der preußischen Partei die erste Lebensäußerung des gegenwärtigen Ministeriums in einer Angelegenheit von höchster Bedeutung. Und es ist hinreichender Grund zu Befürchtungen. Die bedenkliche, ja verzweifelte Lage des preußischen Ministeriums in dem eigenen Lande legt die Muthmaßung nahe, daß Herr v. Bismark diese Frage der großen Politik benutzen wird, um in seiner Weise einen Anlauf zu nehmen, der Freunden und Feinden imponiren soll. Und diese Annahme wird wahrscheinlich durch einzelne drohende Correspondenzen, welche in der Tagespresse mysteriöse Andeutungen gaben, daß Preußen sich nicht majorisiren lasse, daß es seine Partei genommen habe, zu handeln entschlossen sei u. s. w. Zwar wären diese Andeutungen gerade dann unvorsichtig, wenn Preußen sich zu dem entschlossen hätte, was Herr v. Bismark großes Spiel nennen mag. Aber zufällig und verloren sind sie schwerlich in die Welt gesandt, und wer ein wenig gewöhnt ist, Luftströmung und Wolkenzug in der deutschen Politik zu beachten, kann nach solchen Voraussetzungen die Ansicht nicht fern halten, daß etwas Ueberraschendes beabsichtigt wird.

Ueber das Project einer Delegirtenversammlung beim Bunde hat die gesammte unabhängige Presse Deutschlands, hat die öffentliche Meinung, hat die organisirte nationale Partei mit ungewöhnlicher Einstimmigkeit den Stab gebrochen:

daß der Plan für die Nation unannehmbar sei, daß er einen nichtigen Schatten an die Stelle des Wesens setze, daß er die deutsche Entwicklung, statt sie zu fördern in gefährlichster Weise aufhalte und auf Abwege bringe. Auch ist Grund zu der Annahme, daß die Würzburger Regierungen selbst weder eifrig, noch mit gutem Vertrauen an die Realisirung dieses Projectes gehen würden. Sie alle, fast ohne Ausnahme, betrachten den Plan in der Stille als eine unbequeme und gefährliche Neuerung, die nur so weit ins Auge zu fassen sei, als die aufgeregten Forderungen des Volkes eine gewisse Befriedigung unvermeidlich machen. Und da die gegenwärtige Uneinigkeit in Preußen, die daraus hervorgehende Schwäche des Staates und die Unpopularität seiner Regierung gerade jetzt jeden Fortschritt Preußens in Deutschland unmöglich machen, so ist ihnen allen sicher an dem Project so wenig gelegen, daß sie es am liebsten durch die Bundesversammlung begraben ließen. Ja die Klügeren der Würzburger Regierungen meinen wohl, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo man Preußen zu schonen habe. Seine Waagschale ist so hoch in die Höhe geschneilt und Oestreichs Macht so viel schwerer geworden, daß bereits ein Ausgleichen der beiden Gewichte rathsam wird. Der Handelsvertrag mit Frankreich, dem auf die Länge doch nicht zu widerstehen ist, gibt gute Gelegenheit, sich der gegenwärtigen Regierung Preußens zu nähern, dieselbe zu verpflichten und dadurch die eigene Zwischenstellung ohne Beeinträchtigung zu erhalten. Es bereitet keine Gefahr, wenigstens keine naheliegende, den Frieden mit der eigenen Bevölkerung dadurch zu erkaufen, daß man Herrn v. Bismark in dieser populären Frage guten Willen erweist und der österreichischen Regierung zu verstehen gibt, wie man kein willenloser Anhänger ihrer Politik zu sein nöthig habe.

Weit anders steht Oestreich zu der Delegirtenversammlung. Für die deutsche Politik Oestreichs ist es von größter Wichtigkeit, gerade jetzt in Deutschland etwas zu schaffen, was von Neuem das Uebergewicht Oestreichs erweist und Millionen schon dadurch imponirt, weil es durchgesetzt ist; was ferner ein Präjudiz wird für alle künftigen neuen Schöpfungen, weil es die Deutschen gewöhnt, gemeinsam mit den Oestreichern zu reden, zu verhandeln, Beschlüsse zu fassen; was endlich gegenüber fremden Nationen und gegenüber den eigenen Völkern die Suprematie Oestreichs in Deutschland unzweifelhaft feststellt. Daß das Ganze eine hohle Form ist, daß es in der That keine Resultate geben kann, daß es in den deutschen Staaten die Verwirrung und Zersplitterung der Parteien und Interessen noch vergrößern würde, gerade dies muß für die Regierung des Kaiserstaats ein Grund mehr sein, den Plan zu betreiben. Und nie wieder ist eine solche Gunst der Verhältnisse zu erwarten. In unerhörter Weise ist Preußen aus seiner jungen Popularität herausgehoben und vereinsamt, es hat keine Bundesgenossen, die eifrigsten Anhänger des Staates im deutschen Volke sind durch das, was jetzt in Preußen geschieht, zu Trauer und Schweigen verurtheilt,

die Regierung hat auffällig bewiesen, daß sie mit dem eigenen Volke nicht fertig werden kann, sie hat zuletzt noch in der heftigen Frage bewiesen, daß sie sich selbst bei verhältnißmäßig kleiner Verwicklung ohne Oestreichs Hülfe unsicher fühlt. Es wäre thöricht, eine solche Zeit der augenscheinlichen Schwäche nicht zu benutzen. So hat Oestreich die stärkste Veranlassung, den Deutschen eine Delegation von Volksvertretern am Bunde zum Geschenk zu machen und man wird von Wien aus zuverlässig Alles daran setzen, um seinen Willen durchzuführen.

Deshalb ist die Sache ernst und für die Zukunft Preußens wird der Weg folgenschwer, auf dem es einen solchen Angriff Oestreichs abwehrt.

Einer liberalen Regierung in Preußen wäre diese Abwehr eines wunderlichen und im letzten Grunde unausführbaren Projectes Kleinigkeit. In jeder Versammlung deutscher Volksvertreter würde sie eine Partei, in den meisten eine Majorität als Bundesgenossen ihres Widerstandes finden. Sie würde, auch wenn sie sich nur abwehrend verhalten wollte, einen lauten Ruf des Widerwillens im Volke gegen das östreichische Project aufregen und sogar den wenigen Regierungen ihren Entschluß lähmen, welche widerstandslos im östreichischen Fahrwasser hintreiben. Aber sie würde den besten Vortheil aus der Hand geben, wenn sie sich nur in der Defensiv halten wollte. Denn dies östreichische Project ist für jede populäre Regierung Preußens, für jede, welche Verständniß und Wärme für die Ehre des eigenen Landes und das Interesse Deutschlands hat, nichts als eine gefährliche Blöße, welche sich die Gegner gegeben haben. Es gibt der preussischen Regierung die bequemste Veranlassung, dem Einfluß Oestreichs einen Hebel unterzulegen, und ihn bei erster Gelegenheit aus Deutschland fortzuschleudern. Eine preussische Regierung, wie sie sein sollte, hätte nichts weiter nöthig als ihr völliges und herzliches Einverständnis damit zu erklären, daß eine wirkliche Volksvertretung am Bund geschaffen werde. Sie hätte nur nöthig dem östreichischen Plan einen andern gegenüberzustellen, welcher in Wahrheit den Bund in einen Bundesstaat umwandelt. Und wenn sie von Muth und Verständniß ihres eigenen höchsten Interesses erfüllt wäre, sie hätte nur nöthig auf das einzugehen, was ihr die preussische Partei in diesem Sommer bereits in der öffentlichen Meinung vorgearbeitet hat, und sich mit kurzem Entschluß auf den Standpunkt der Reichsverfassung von 1849 zu stellen. Dadurch wird nicht nur der Streich der Gegner parirt, ihnen selbst wird eine schwere Niederlage beigebracht. Der Bund würde sich erschreckt hinter seine alte Ordnung zurückziehen und Preußen würde Zeit haben, eine günstige Gelegenheit zu erwarten, um dem deutschen Staatenbund die volksthümliche Verfassung zu geben. Und diese Anerkennung der Reichsverfassung von 1849 hat für eine entschlossene Regierung Preußens gar nichts Bedenkliches. Denn die Anerkennung dieser Verfassung, bei welcher

übrigens alle liberalen Parteien zu zeitgemäßen Modificationen bereit sind, wird früher oder später doch der Durchgangspunkt werden, von welchem eine neue Regelung der deutschen und preussischen Verhältnisse ausgehn muß.

Für eine liberale Regierung wäre die ganze Delegirtenfrage nichts als ein Spuk, ein schüchternes Phantasma, welches durch ein ironisches Lächeln zur Thür hinausgeschleucht wird. Der gegenwärtigen Regierung König Wilhelm des Ersten ist es leider ein vielbedeutendes Ereigniß. Aber da Herr von Bismark einmal Leiter der auswärtigen Angelegenheiten ist, so muß, wer zu der preussischen Partei gehört, in diesem Fall wünschen, daß seine auswärtigen Operationen nicht verderblich für den Staat werden. Und deshalb sei hier die Frage gestellt, was kann Herr v. Bismark in dieser Frage im preussischen Interesse mit Vortheil thun und was darf er nicht thun?

Wer die politische Persönlichkeit des Ministers mit den kleinen Indiscretionen seiner Presse zusammenhält, der wird sich, wie bemerkt, der Ansicht nicht entschlagen können, daß er entschlossen ist, Preußen in dieser Frage nicht majorisiren zu lassen. Er wird zuverlässig nicht auf den Plan der Würzburger eingehn. Er wird wie Baden den Dissens erklären. Damit ist gewiß jeder Preuße einverstanden.

Aber wenn nun, wie vorauszusehen, ein unerhörter Majoritätszwang geübt wird, und wenn Oestreich mit den übrigen Regierungen Deutschlands die Einrichtung einer Delegirtenvertretung am Bunde beschließt, was bleibt Herrn v. Bismark dann übrig? ihm, dem der gute Ausweg verschlossen ist, da er in seiner Parteilassung nichts Positives und Besseres dem deutschen Volke zu bieten hat? Das Nabeliegende ist, er hält an dem Bunde fest, verschmerzt die Demüthigung Preußens — es ist nicht die erste — behandelt die Delegirtenversammlung fortwährend als einen unglücklichen Einfall und wendet jedes Mittel der Bundespraxis an, den Beschluß resultatlos, eine etwaige Bescheidung solcher Delegirtenversammlungen durch die anderen Staaten als eine Lächerlichkeit zu erweisen.

Wie weit die preussische Politik in diesem Falle kommen mag, und wie weit ihr fortgesetzter Widerstand am Bund die Nichtigkeit des Projectes erweisen kann, hängt weniger von der Geschicklichkeit des preussischen Diplomaten in Frankfurt und von den gewandten Schachzügen des Herrn v. Bismark, als von der Wendung ab, welche die innern Angelegenheiten Preußens im nächsten Jahre nehmen. Es ist keine bequeme Politik, sie verheißt keine großen Resultate, aber sie vermag einen offenen Conflict zu vermeiden. Und wir gestehen, daß solches Hinziehen immer noch das Beste ist, was man der preussischen Regierung in ihrer Lage wünschen kann.

Wir sind Niederlagen am Bunde bereits gewöhnt und wenigstens in dieser Frage kann Preußen auf die Beistimmung der deutschen Bevölkerungen rechnen

und darauf, daß ihm seine diplomatische Niederlage bei einigermaßen geschickter Behandlung nicht zum Nachtheil ausschlagen wird. Der deutsche Bund wird von der ganzen Nation als eine übele Einrichtung deshalb ertragen, weil das Volk selbst mitten in der Arbeit ist, etwas Neues an die Stelle zu setzen. Es ist ein großes Unglück, daß die gegenwärtige Regierung Preußens dies Neue nicht bringen kann, es bleibt ihr immer noch übrig, wie die Nation selbst das Bundesverhältniß als eine unvermeidliche Last fortzudulden.

Wahrscheinlich denkt Herr von Bismark anders. Will er aber einer allerdings unerhörten Majorisirung energisch entgentreten, so bleibt ihm nach Lage der Dinge nichts weiter übrig, als Preußen von dem Bunde zu lösen. Wenn die Stimmen der Presse nicht täuschen, so ist dies in der That sein Plan. Nun gibt es in Preußen auch unter den Liberalen viele, welcher mit geheimer Freude das Ausscheiden Preußens aus dem deutschen Bunde sehen würden, entweder weil sie die Bundesversammlung zu Frankfurt sehr gering achten, oder weil sie für vortheilhaft halten, daß Preußen in eine Lage komme, welche große Entschlüsse nöthig macht. Es fragt sich nur, ob das gegenwärtige Preußen überhaupt in der Lage ist, große Entschlüsse zu fassen und, was wichtiger ist, gefasste Entschlüsse mit Entschlossenheit auszuführen.

Daß Preußen allein mit seinem getheilten Gebiet nicht auf die Länge zwischen dem Terrain eines Staatenbundes bestehen kann, welcher durch Oestreich geleitet wird, ist selbstverständlich. Sobald ein preußischer Minister seinen Austritt aus dem Bund erklären wollte, müßte er in der Lage sein, dem Bunde ein Gegenbündniß wenigstens mit seinen Nachbarn gegenüberzustellen. Dazu ist jetzt noch weniger Aussicht als vor dem Tage vor Olmütz. Mit Güte wird kaum eine deutsche Regierung, vielleicht einige kleine Staaten Thüringens ausgenommen, in eine Union treten, welche Herr von Bismark vorschlägt. Er wird sie also mit Gewalt dazu anhalten müssen. Und es ist gar nicht unmöglich, daß in seinem Haupte ein solches Project arbeitet. Ohne Zweifel werden in den militärischen Kreisen Preußens ernste Eventualitäten überlegt. Die Reisen der Corpscommandanten nach Berlin und manches Andere, was an die Zeit der letzten Mobilmachung und der hessischen Demonstration erinnert, legt diese Vermuthung nahe. Ein Versuch aber, mit Gewalt Bundesgenossen in Deutschland zu werben, ist doch nichts Anderes als Krieg mit Oestreich, und zwar ein Krieg, der insofern ungünstig ist, als diesem Staat der gesammte Militärorganismus des Bundes gegen Preußen zur Disposition stehen würde.

Ein Krieg in Deutschland, etwa schon im nächsten Frühjahr, wird wahrscheinlich auch Herrn von Bismark nicht als Kleinigkeit erscheinen, und da er in jedem Falle für diese Katastrophe die kräftige Uebereinstimmung der preußischen Parteien wünschenswerth halten müßte, so möge er, falls er über-

haupt die erwähnten Möglichkeiten ins Auge gefaßt hat, seinen Gegnern eine persönliche Bemerkung für einen immerhin denkbaren Fall gestatten.

Wie man auch sonst von seinem politischen Charakter denken möge, zwei Tugenden eines preussischen Politikers wird ihm die Mehrzahl seiner Gegner zugeschn: den Muth etwas zu wagen und Haß. — Und diese Manneseigenschaften vermögen ihm allerdings auch bei der nationalen Partei in Preußen einige Sympathien zu vermitteln. Man traut ihm jetzt die Reckheit zu, das Aeußerste zu wagen, man hält nicht für ganz unmöglich, daß er festen Entschluß in der Durchführung bewahren könne. Aber er hat diese Entscheidung nicht allein zu treffen, er ist abhängig von Allem, was neben und über ihm in Preußen regiert. Zunächst von seinen eigenen politischen Freunden und Gönnern. Möge er richtig den Stoff taxiren, mit welchem er zu arbeiten hat. Wenn Preußen den Entschluß fassen wollte, sich von dem Bunde zu lösen und mit den Waffen in der Hand einem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, so wäre doch die nächste Voraussetzung einmüthiger Entschluß das Aeußerste zu wagen, junge Kraft, ein Dictatorwille und eine rücksichtslose Kühnheit in der obersten Staatsleitung, welche die ganze Umgebung der Krone fortreißt. Ist so etwas in dem gegenwärtigen Preußen möglich? Der König, ein maßvoller Herr in höherem Alter, dessen ganze Natur einem äußersten Entschluß widerstrebt, der durchaus nicht geneigt ist, sich auf die Länge einer fremden Ansicht unterzuordnen; in den höhern militärischen Kreisen viele alte Herrn mit hohen Ansprüchen und starkem Eigensinn, keine einzige Autorität, welcher in Wahrheit große kriegerische Erfolge ein Ansehn geben, dazu militärische Höflinge und, was das Schlimmste ist, Parteigenossen, deren ganzem Wesen ein ruhiges Verfolgen egoistischer Interessen viel näher liegt als ein hoher, leidenschaftlicher Aufschwung. Seit langer Zeit ist die Berliner Politik dadurch schwach geworden, daß zu viele und verschiedenartige Einflüsse von der geraden Linie eines Entschlusses abgeführt haben. Noch ein Mal sei an die heffische Expedition erinnert. Es war ein verhältnißmäßig kleines Manöver, ohne großes Risiko, der Weg war vorgezeichnet, die Gegner am Bunde hatten durch ihre falschen Schritte die Sache für Preußen sehr leicht gemacht. Und doch konnte man nicht auf geradem Wege bleiben, man mußte mitten im Fortschritt sich selbst die Spitze abbrechen, dem Feinde wieder die Brücke bauen, auf welcher er mühelos einen politischen Sieg erreichte. Es fehlt in Preußen nicht an Muth, aber an Entschluß, und im letzten Grund an Selbstvertrauen, und das vermag Herr von Bismark nicht zu geben. Und es ist deutlich voraus zu sagen, was er kann und was er nicht kann. Er mag im Stande sein, einige herausfordernde Schritte durchzusetzen, drohende Worte, verletzende Maßregeln, aber gerade in den Momenten, wo consequentes, rücksichtsloses Vorgehn die einzige Rettung werden kann, wird seinem Entschluß durch irgend eine Gegenströmung, ein

Bedenken einen Einfall die Energie genommen werden, und was rücksichtslos und hochfahrend begonnen wurde, wird bedenklich geendigt. Ihn selbst aber wird der Haß für eine halbe Maßregel und die Blame treffen, welche Jeden vernichtet, der zu feck wagt, was er nicht durchzuführen vermag.

Und welche Aufgabe würde dem Staate selbst durch solche Politik? Krieg in Deutschland oder schmäbliche Nachgiebigkeit, weit ärger als jene vor Olmütz. Ein Krieg unter Verhältnissen, welche dem Auslande jede Gelegenheit zur Einmischung gäben, Krieg endlich eines uneinigen Staates, dessen Regierung bei den Völkern ebenso wenig Vertrauen und Autorität genießt als bei den Regierungen. Es wäre eine verzweifelte Operation, welche die innern Schäden Preußens nicht heilen, sondern nur die Katastrophe beschleunigen würde.

Es wurde hier eine Eventualität ins Auge gefaßt, die noch nicht Thatsache geworden ist, die Möglichkeit eines verhängnißvollen Entschlusses, über den wir etwas Sicheres noch nicht wissen. Es war rathsam, bei guter Zeit die Presse, die öffentliche Meinung und wenn dies möglich wäre, die preußische Regierung selbst auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche ein falscher Schritt des auswärtigen Amtes dem Staat am Bunde bereiten kann. Der liberalen Opposition in Preußen aber liegt die Pflicht ob, auch nach dieser Richtung wachsam zu sein.

Die preußische Reaction ist nicht darnach angethan, eine Reihe von Jahren die Geschicke des Staates zu leiten. In den inneren Angelegenheiten wie in den äußeren wird wahrscheinlich schon die nächste Zukunft die Unmöglichkeit erweisen, mit ihr fort zu regieren. Und wie bei jeder Frage, wird auch in der Stellung Preußens zum Bunde die Thatsache für jeden Unbefangenen eindringlich, daß ein liberales Ministerium, welches durch den freudigen Beifall des deutschen Volkes gestützt wird, ohne jede Schwierigkeit Conflictte überwindet, an den jetzt guter Wille, Patriotismus und jede löbliche Eigenschaft, welche der Liberale seinen Gegnern zugestehen mag, ruhmlos und erfolglos, mit der größten Gefahr für den Staat sich abzunutzen bestimmt ist.

Der Anfang des nächsten Jahres wird eine folgenschwere Entscheidung bringen; und, wenn noch Alles unsicher ist, auf das Eine dürfen wir vertrauen: das preußische Volk wird seine Schuldigkeit thun. ♀